

# Grün, sauber und konvergenzfreudig? Eine Konvergenzanalyse der ökologischen Lebensqualität in der EU

## Einleitung

Mit dem wachsenden Bedarf an Umweltschutzmaßnahmen ist auch die Zahl der gesamteuropäischen Ziele und Strategien gestiegen. Dies wirkt sich auf das Berufs- und Privatleben der europäischen Bürgerinnen und Bürger aus. Mit diesem Bericht wird die Umweltleistung der EU-27 überwacht und untersucht, wo die größten Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten liegen. Die Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Umweltprofile aufweisen. Deshalb sind die Ökologisierungsprozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten und bei den verschiedenen Indikatoren nicht im gleichen Tempo verlaufen.

Beim grünen Wandel geht es um viel mehr als die bloße Verbesserung einiger medienwirksamer Indikatoren wie Treibhausgasemissionen und den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix. Daher befasst sich dieser Bericht eingehender mit den Umweltfragen, die das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger am meisten betreffen. So wird zum Beispiel erörtert, wie lebenswert Städte und Wohngebiete sind, und welche Rolle Energiearmut und unzulängliche Wohnverhältnisse spielen.

Dieser Bericht entstand in Zusammenarbeit zwischen Eurofound und der Europäischen Umweltagentur. Unserer Kenntnis nach ist dies einer der ersten Berichte, in denen die Umweltkonvergenz in Europa analysiert wird. Ein weiterer Bericht, der aus dieser Zusammenarbeit hervorging, trägt den Titel *Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft: Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen* und wurde im Juni 2023 veröffentlicht.

## Politischer Kontext

Die EU hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 kohlenstoffneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist sie bestrebt, die Treibhausgasemissionen zu verringern, die Nutzung erneuerbarer Energien zu steigern und besser zu recyceln. Der grüne Wandel würde der Lebensqualität der Menschen in Europa zugutekommen, indem verschiedene Arten von Umweltverschmutzung wie Luft-, Lärm-, Wasser-, Abfall- und Bodenverschmutzung bekämpft würden. Dies würde auch zu einer besseren Regulierung der Energiemärkte führen und saubere Energie für alle zugänglich machen.

Diese Ziele können nur mit der Unterstützung zielgerichteter politischer Initiativen erreicht werden. Der europäische Grüne Deal steht für einen Wandel hin zu einer kohlenstoffneutralen EU mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. In dem Bericht werden die Grundsätze für einen erfolgreichen Übergang dargelegt und die Mitgliedstaaten zu raschem Handeln aufgefordert, da die nächsten zehn Jahre für die Erhaltung des aktuellen fragilen Zustands der Umweltressourcen in Europa entscheidend sein werden.

## Wichtigste Erkenntnisse

- Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten haben sich verringert, und bei vielen Umweltindikatoren hat sich die Leistung in den letzten beiden Jahrzehnten verbessert. Dies deutet darauf hin, dass die Umweltziele und die Umweltpolitik auf EU-Ebene zu besseren Leistungen auf Länderebene beitragen. Ferner wird vorgeschlagen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – z. B. im Zusammenhang mit der Ausfuhr von sauberem Strom – die Verwirklichung der Ziele auf EU-Ebene erleichtert.
- Die Geschwindigkeit, mit der Fortschritte bei der Erreichung EU-weiter quantitativer Ziele gemacht werden, unterscheidet sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Darüber hinaus haben die Energiekrise, Probleme bei der Lebensmittelversorgung und wirtschaftliche Turbulenzen, die durch den russischen Einmarsch in die Ukraine verursacht wurden, das Engagement für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft belastet.
- Bei den Ergebnissen mehrerer Indikatoren werden geografische Trends deutlich. Die Mitgliedstaaten in Nord- und teilweise in Westeuropa (wie z. B. Schweden) sind bei den Indikatoren für Energieeffizienz und grüne Energie tendenziell führend, während viele osteuropäische Länder und Malta in der Regel großen Aufholbedarf haben. Positiv ist zu vermerken, dass die Mitgliedstaaten, die zunächst schlecht abgeschnitten hatten, bei den meisten Indikatoren ihren Rückstand gegenüber den leistungsstärkeren Mitgliedstaaten verringern. Kein Mitgliedstaat schneidet bei allen Indikatoren hervorragend ab, was auf die Heterogenität der Klima-, Verkehrs- und Energiepolitik hindeutet.

- Die Ergebnisse haben sich bei allen ausgewerteten Leitindikatoren (auf Makroebene) verbessert, was die Bedeutung der politischen Ziele verdeutlicht. Die Ungleichheiten bei den Treibhausgasemissionen und den durch Feinstaubbelastung (PM2,5) verlorenen Lebensjahren haben sich verringert. Der Abbau der Unterschiede bei der Nutzung erneuerbarer Energien und der kreislauforientierten Materialnutzung wurde durch die außergewöhnlichen Leistungsbilanzen Schwedens und der Niederlande erschwert. Diese beiden Mitgliedstaaten schnitten so gut ab, dass sie andere Länder weit hinter sich zurückließen, wodurch sich die Ungleichheiten vergrößerten.
- Eine Besserung bei den Indikatoren auf Wohnebene (Mesoebene) zeigt, dass die Wohnorte zwar lebenswerter geworden sind, aber nach wie vor einkommensabhängige Ungleichheiten bestehen. Die Ergebnisse der Mitgliedstaaten haben sich verbessert, die Unterschiede bei der Wahrnehmung der Umweltverschmutzung durch die Bürgerinnen und Bürger haben sich verringert, und die kommunalen Recyclingquoten sind gestiegen. Darüber hinaus ist die Lärmbelastung insgesamt zurückgegangen. Die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Ländern sind jedoch unverändert geblieben oder haben sich sogar vergrößert. Dies gilt insbesondere für die armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen.
- Die Indikatoren auf Haushaltsebene (Mikroebene), mit denen Energiearmut und Wohnraumqualität gemessen werden, sind eng mit sozioökonomischen Variablen verknüpft. Folglich hatte der Wirtschaftsabschwung von 2008 bis 2013 erhebliche negative Auswirkungen auf diese Indikatoren, doch die anschließende Erholung deutet darauf hin, dass einige Volkswirtschaften hinreichend widerstandsfähig sind. In einigen Fällen gibt es jedoch große Ungleichheiten zwischen Besitzenden und Mittellosen.
- Es besteht ein Zusammenhang zwischen Verbesserungen des Einkommens und des Bildungsniveaus und besseren Umweltindikatoren. Ein Armutsrückgang korreliert mit rückläufiger Energiearmut und geringerer Exposition gegenüber Umweltgefahren wie Luftverschmutzung und Lärmbelastung.
- Umweltziele auf Wohngebiets- und Haushaltsebene erfordern möglicherweise strengere oder frühzeitigere politische Maßnahmen als die derzeitigen. Die Maßnahmen sollten sich auf drei Bereiche konzentrieren, in denen Divergenzen festgestellt wurden: Wohnen, Energiearmut und öffentliche Verkehrsmittel.
- Im Einklang mit der Strategie der „Renovierungswelle“ sollte die Stadtplanung angemessene und erschwingliche Wohnungen in Gebieten ohne Umweltgefahren für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bereitstellen, vor allem in dicht besiedelten Gebieten. Finanzielle Fördermaßnahmen wie z. B. Zuschüsse könnten Anreize für die Bürgerinnen und Bürger schaffen, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern, und sollten besser auf schutzbedürftige Personen ausgerichtet sein. Nationale Programme zur Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus sollten ebenfalls gefördert werden. Diese Maßnahmen würden die Gefahr der Energiearmut verringern.
- Mit engermaschigeren und erschwinglicheren öffentlichen Verkehrssystemen könnten die Mobilität verbessert und die Emissionen verringert werden. Der Null-Schadstoff-Aktionsplan umfasst Maßnahmen zur Verringerung der Verkehrsemissionen, während die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität auf die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zu verbessern. Menschen in ländlichen Gebieten, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen benötigen die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz am dringendsten. Deshalb sollte die Verkehrspolitik auf diese Personenkreise ausgerichtet sein.
- Mit Ökologisierung befasste regionale und nationale Behörden könnten sich an bewährten Verfahren orientieren, die von den Mitgliedstaaten oder der EU vorgeschlagen wurden. Es sind sowohl Lösungen auf hoher Ebene als auch tägliche Korrekturmaßnahmen erforderlich. So passte Slowenien seine Abfallbewirtschaftungspolitik an die EU-Richtlinien an und erzielte rasche Verbesserungen.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen eng zusammenarbeiten, um die Umweltleistung der EU zu verbessern. Klare Kommunikation vonseiten der EU und der nationalen Regierungen sollte der Öffentlichkeit helfen, ihr Verhalten nachhaltiger zu gestalten. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten könnte die Kreislaufwirtschaft fördern. Die Vorschriften für das grenzüberschreitende Abfallrecycling müssen aktualisiert werden, damit die beförderten Materialien nicht intensiv besteuert werden. Beispielsweise ist das Recycling von ausgemusterten Windrädern wesentlich kostspieliger, wenn sie bei der Beförderung als Windräder anstatt als Abfall besteuert werden. Allerdings sollten strengere Kontrollen der länderübergreifenden Abfallbeseitigung angewendet werden, um zu vermeiden, dass gefährliche Abfälle in Länder gelangen, in denen die Umweltschutzgesetze unzureichend sind.

## Empfehlungen für die Politik

- Bei vielen Indikatoren sollte die EU den Kurs beibehalten und an den von ihr festgelegten Ökologisierungsziele festhalten. In den letzten Jahren hat die EU Fortschritte bei verschiedenen Leitindikatoren erzielt, z. B. bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien.
- Die EU sollte ihre Energie- und Rohstoffabhängigkeiten breiter streuen und ihre Autonomie durch Maßnahmen zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Kreislaufwirtschaft stärken. Solche Maßnahmen würden die Energieresilienz erhöhen, die Auswirkungen künftiger Energie- und Materialkrisen abfedern und insbesondere einkommensschwache Menschen schützen.

### Weitere Informationen

Der Bericht *Grün, sauber und konvergenzfrohdig? Eine Konvergenzanalyse der ökologischen Lebensqualität in der EU* ist abrufbar unter: <https://eurofound.link/ef23022>.

Forschungsleiter: Massimiliano Mascherini

information@eurofound.europa.eu